

29.03.2010 / Titel / Seite 1

Kreuzzug abgewehrt

Dirk Hein

Tausende haben am Sonntag in Duisburg gegen die rechte Bürgerbewegung »Pro NRW« und die neofaschistische NPD demonstriert. Nach Angaben von Veranstaltern und Lokalmedien nahmen mehr als 10000 Menschen an den friedlichen Protesten gegen zwei rechte Aufmärsche teil. Die Aufzüge von NPD und »Pro NRW« mit jeweils 200 Teilnehmern durch den Stadtteil Marxloh richteten sich gegen Muslime in Deutschland. Die Proteste der beiden Parteien waren Teil eines Aktionswochenendes gegen eine angebliche »Islamisierung« der BRD. Motto: »Abendland in Christenhand.« Ziel ihrer Aufmärsche war die Merkez-Moschee, die allerdings durch die massive Präsenz von Nazigegnern geschützt wurde.

NPD und »Pro NRW« treten neben verschiedenen christlich-fundamentalistischen Kleinstparteien zur nordrhein-westfälischen Landtagswahl am 9. Mai an und versuchen derzeit, mittels antiislamischer Hetzkampagnen bei potentiellen Wählern zu punkten.

Bereits am Sonntag vormittag blockierten Dutzende Gewerkschafter und Antifaschisten die Zufahrtsstraße zum Ort der Auftaktkundgebung der Rechtspopulisten und bewirkten damit, daß die »Pro NRW«-Demonstration erst mit deutlicher Verspätung starten konnte. Auch die NPD-Route mußte aufgrund antifaschistischer Sitzproteste kurzfristig verändert werden. Beide Blockaden waren von der Polizei geräumt worden. Rund 3000 Beamte waren im Einsatz, um die Aufmärsche der Rechten überhaupt möglich zu machen.

Neben verschiedenen Bürgerinitiativen, dem antifaschistischen Bündnis »Duisburg stellt sich quer!«, Gewerkschaften und Linkspartei, beteiligten sich auch der SPD-Bundesvorsitzende Sigmar Gabriel und die nordrhein-westfälische SPD-Spitzenkandidatin Hannelore Kraft an den Protesten. Der Duisburger CDU-Oberbürgermeister Adolf Sauerland zeigte sich ebenfalls.

»Zusammenfassend betrachtet sind wir mit dem Verlauf der Proteste zufrieden«, erklärte ein Sprecher von »Duisburg stellt sich quer!« gestern gegenüber junge Welt. Das Bündnis will die antifaschistischen Aktivitäten in den nächsten Tagen auswerten. Dabei sollen auch gegen die Polizei erhobene Vorwürfe thematisiert werden. Den Beamten wird unter anderem zur Last gelegt, friedliche Blockaden mit Hilfe von Pfefferspray- und Schlagstockeinsätzen geräumt zu haben.

Schon am Sonnabend war die Polizei brutal gegen Nazigegner vorgegangen, die gegen eine Kundgebung von 50 NPD-Anhängern am Duisburger Hauptbahnhof protestiert hatten. Eine ältere Antifaschistin soll dabei schwer verletzt worden sein. Auch aus Bochum wurden Übergriffe der Beamten auf Antifaschisten gemeldet. So sollen nach Angaben der »Antifaschistischen Jugend Bochum« bei der Blockade einer sogenannten Mahnwache von »Pro NRW« am Freitag zwei Personen verletzt und weitere elf Personen festgenommen worden sein.

Die selbsternannte Bürgerbewegung hatte am Freitag vor Moscheen in mehreren Ruhrgebietsstädten - unter anderem in Bochum, Oberhausen und Herten, antiislamische Kundgebungen abgehalten. Daran hatten sich jeweils 30 bis 50 Personen beteiligt. »Pro NRW« hatte am Sonnabend außerdem einen Parteitag in Gelsenkirchen abgehalten, in dessen Rahmen eine Kampagne für ein Verbot von Minaretten beschlossen worden war. Auch dort war es zu Protesten von Antifaschisten gekommen.